



KÖLNER FLÜCHTLINGSRAT E.V.

Köln Flüchtlingsrat e.V. – Herwarthstr. 7 – 50672 Köln

Pressemitteilung
03.02.2017

Köln Polizei kündigt verstärkte Sicherheitskontrollen zu Karneval an – Flüchtlinge sollen Kontrollen „kritiklos über sich ergehen lassen“ und „keine großen Taschen“ oder Rucksäcke mit sich führen

Teilnahme von Flüchtlingen an Karnevalsveranstaltungen seien „eher kritisch zu sehen“

Flüchtlingsräte Köln und Leverkusen befürchten erneut Sonderbehandlung von vermeintlich „anders“ Aussehenden durch die Polizei

Die Flüchtlingsräte Köln und Leverkusen erreichte eine Information der Kölner Polizei zu Karneval 2017 (s.u.), die an Betreuungsverbände nordrhein-westfälischer Aufnahmeeinrichtungen gerichtet ist.

Lt. Information der Polizei sei die Teilnahme von Flüchtlingen an Karnevalsveranstaltungen „eher kritisch zu sehen“. Dies könne in der Bevölkerung zu „unerwünschten Wechselwirkungen“ führen. Deswegen müssten Flüchtlinge „bei einem Besuch von Karnevalsveranstaltungen oder –umzügen, auch von Einzelpersonen, grundsätzlich damit (...) rechnen (...), dass es zu verstärkten Polizei- und Sicherheitskontrollen kommt.“ Die davon Betroffenen sollten „die Kontrollen kritiklos über sich ergehen lassen“ und „keine großen Taschen“ oder Rucksäcke mit sich führen.

Die Flüchtlingsräte Köln und Leverkusen sind der Auffassung, dass alle Großveranstaltungen ein erhöhtes Risiko darstellen und eine sorgsame Planung des Polizeieinsatzes erfordert, um den Schutz aller Teilnehmer/innen zu gewährleisten. Ein solcher Schutz ist jedoch mit Sonderbehandlungen vermeintlich „anders“ Aussehender und anderen Maßnahmen des "racial profiling" nicht zu erreichen. Vielmehr werden durch solche Maßnahmen gerade die "unerwünschten Wechselwirkungen" in der Bevölkerung erst provoziert.

Gerade der Karneval in den Veedels bietet jedoch beste Integrationschancen. Viele freiwillige Flüchtlingshelfer/innen organisieren die Teilhabe von Flüchtlingen an Veranstaltungen und Umzügen.

Köln Flüchtlingsrat e.V.
Die Geschäftsstelle
Herwarthstr. 7
50672 Köln

Fon: 0221 279 171-0
Fax: 0221 279 171-20
Home: www.koelner-fluechtlingsrat.de

Claus-Ulrich Pröiß, Geschäftsführer

Fon: 0221 279 171-15
Mobil: 0171 7992647
Email: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de

Anna Kress, Assistenz Geschäftsführung

Fon: 0221 279 171-10
Mobile: 0160 99305880
Email: kress@koelner-fluechtlingsrat.de

KFR e.V. – gesetzlich vertreten durch den Vorstand:

**Wolfgang Schild, Rechtsanwalt,
Prof. Dr. Markus Ottersbach**

Der Verein ist laut Bescheinigung des Finanzamtes Köln-Altstadt vom 25.07.2014 als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar.

**Spendenkonto
des Köln** Flüchtlingsrates e.V.:

Sparkasse Köln Bonn
IBAN: DE28 3705 0198 0022 1020 40
BIC: COLSDE33XXX

„Und das ist gut so! Liebe Hunnen und Husaren, liebe Ganzverkleidete und Rucksackträger: Opjepass! Wenn ihr mitbekommt, dass Euer Nebenmann oder Eure Nebenfrau kontrolliert wird, nur weil er oder sie „anders“ aussieht, mischt Euch ein und fragt nach!“,
so Rita Schillings (Flüchtlingsrat Leverkusen) und Claus-Ulrich Pröls (Kölner Flüchtlingsrat).

Und weiter:

„Niemand muss Sonderbehandlungen der Exekutive kritiklos ertragen. Auch wenn es mehr und mehr vergessen wird: Noch gibt es eine rechtsstaatliche Grundordnung.“

gez. Claus-Ulrich Pröls

gez. Rita Schillings

Anlage: Email des Landesamtes für zentrale polizeiliche Dienste NRW, Teildezernat 41.4, Verbindungsstelle der Polizei zur BR Köln in Flüchtlingsangelegenheiten, von Januar 2017:

„Betreff: Information zu Karneval 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
in der vergangenen Woche wurde polizeilicherseits bekannt, dass es im vergangenen Jahr vorkam, dass Betreuer von Flüchtlingen und Asylbewerbern Besuche von Karnevalsveranstaltungen organisiert haben.
Dabei ist uns nicht bekannt, ob diese Initiativen vornehmlich von Betreuungsverbänden von Landes- oder kommunalen Einrichtungen erfolgten.
Aus polizeilicher Sicht sind diese Aktionen eher kritisch zu sehen, da so das massierte Auftreten von Flüchtlingen und Asylbewerbern bei Karnevalsveranstaltungen forciert wird.
Da ebendies in Anbetracht der aktuellen Sicherheitslage in Deutschland, auch aufgrund der Ereignisse bei den vergangenen Jahreswechseln, in der Bevölkerung derzeit – leider zu unerwünschten Wechselwirkungen führt, raten wir davon ab.
Wir bitten um Informationsweitergabe an die Leiter der Landeseinrichtungen.

Dass die kommunalen Einrichtungen auf diese Weise nicht erreicht werden können, ist bekannt und mit dem MIK (A1) abgestimmt.

Entsprechende Weisungen an Leitungen und Betreuungsverbände kommunaler Einrichtungen sind dort nicht erwünscht.
Darüber deuten wir den bisherigen Schriftwechsel so, als sollte auch dieses Jahr wieder in allen Landeseinrichtungen über den Karneval und seinem Hintergrund informiert werden. Dies könnte mit dem Bemerken versehen werden, dass bei einem Besuch von Karnevalsveranstaltungen oder - umzügen, auch von Einzelpersonen, grundsätzlich damit zu rechnen ist, dass es zu verstärkten Polizei- und Sicherheitskontrollen kommt.

Deshalb raten wir als Polizei den Betroffenen insbesondere dazu, ...

- die Kontrollen kritiklos über sich ergehen zu lassen,
- den AKN mitzuführen und
- keine großen Taschen, Rucksäcke oder gefährliche Gegenstände mit sich zu führen.

Es bietet sich aus unserer Sicht an, diese Hinweise in die mehrsprachigen Hinweisblätter aufzunehmen.“